

Mitteilungsblatt

Amt Eggebek



Amtliches Bekanntmachungsblatt des Amtes Eggebek und der Gemeinden Eggebek, Janneby, Jerrishoe, Jörl, Langstedt, Sollerup, Süderhackstedt und Wanderup

Nr. 27

Freitag, den 11.08.2023

19. Jahrgang

Seite	Inhalt
123	Gemeindevertretersitzung Gemeinde Jörl
124-128	Gebührensatzung der Gemeinde Eggebek über die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren
129-133	Gebührensatzung der Gemeinde Janneby über die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren
134-138	Gebührensatzung der Gemeinde Jerrishoe über die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren
139-143	Gebührensatzung der Gemeinde Jörl über die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren
144-148	Gebührensatzung der Gemeinde Langstedt über die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren
149-153	Gebührensatzung der Gemeinde Wanderup über die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren

Das Mitteilungsblatt wird vom Amt Eggebek und den Gemeinden Eggebek, Janneby, Jerrishoe, Jörl, Langstedt, Sollerup, Süderhackstedt und Wanderup herausgegeben. Es erscheint jeden Freitag, sofern Veröffentlichungen vorliegen. Fällt das Erscheinungsdatum auf einen Feiertag, so erscheint das Mitteilungsblatt am davor liegenden Werktag. Erscheint eine zusätzliche Ausgabe, so wird auf das Erscheinen und den Inhalt des amtlichen Teils im Flensburger Tageblatt hingewiesen. Das Mitteilungsblatt ist beim Amt Eggebek, Hauptstraße 2, 24852 Eggebek, Tel. 04609/900-0 zu folgenden Bezugsbedingungen erhältlich:

Abonnement: vierteljährlich per Post gegen eine Gebühr von 15,00 Euro, zahlbar im Voraus, per Newsletter (elektronische Post) kostenfrei.

Einzelbezug: per Post gegen eine Gebühr von 2,00 Euro je Ausgabe, durch Abholung beim Amt Eggebek, kostenfrei.

Internet: www.amt-eggebek.de.



Gemeindevertretung Jörl

Am **Mittwoch, 23. August 2023** findet um **19:30 Uhr** eine öffentliche Sitzung der **Gemeindevertretung Jörl im Markttreff Jörl** statt.

Tagesordnung

Voraussichtlich Öffentlicher Teil

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie Festsetzung der Tagesordnung
3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus dem nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung
4. Kenntnisnahme der letzten Niederschrift
5. Bericht des Bürgermeisters
6. Bericht der Ausschussvorsitzenden
7. Einwohnerfragestunde
8. Bericht über die 2023 geleisteten unerheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein 59/2023
9. Genehmigung der in 2023 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein(GO) 60/2023
10. Beratung und Beschlussfassung zur Neufassung des öffentlich-rechtlichen Vertrages des SUV-Nord 53/2023
11. Wahlprüfung Gemeinde Jörl 61/2023
12. Auswahl und Bestellung eines/einer Vertreters/Vertreterin und Stellvertreters/in für die Verbandsversammlung des Wasserverbands Nord
13. Aktueller Stand Markttreff
14. Bericht Amtswerke
15. Bericht anstehende Projekte der Gemeinde Jörl und des Amtes
16. Verschiedenes

Thomas-Peter Kahlund
Der Bürgermeister

Gebührensatzung

der Gemeinde Eggebek über die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrgebührensatzung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO), der §§ 1, 2, 4, u. 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) und des § 29 des Brandschutzgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (BrSchG) in der jeweils gültigen Fassung wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Eggebek vom 24.04.2023 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Aufgaben der Feuerwehr

- (1) Das Feuerwehrwesen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Eggebek umfasst insbesondere:
 1. die Bekämpfung von Bränden und der Schutz von Menschen und Sachen vor Brandschäden (abwehrender Brandschutz),
 2. die Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen (technische Hilfe),
 3. die Verhütung von Bränden und Brandgefahren (vorbeugender Brandschutz)
 4. die Mitwirkung im Katastrophenschutz.
- (2) Die Feuerwehr hat danach in ihrem Einsatzgebiet die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um gegenwärtige Gefahren für Leben, Gesundheit und Vermögen abzuwehren. Sie leisten auf Anforderung der Einsatzleitung gemeindeübergreifende Hilfe, soweit der abwehrende Brandschutz und die technische Hilfe in ihrem Einsatzgebiet nicht gefährdet sind sowie darüber hinaus Hilfe bei Großeinsätzen.
- (3) Die Feuerwehren wirken bei der Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung mit.

§ 2

Gebührenfreie Dienstleistungen

Der Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr ist gebührenfrei bei:

1. Bränden und Rauchwarnmeldeinsätzen (§ 29 Abs. 1 Nr. 1 BrSchG),
2. der Befreiung von Menschen aus lebensbedrohlichen Lagen (§ 29 Abs. 7 BrSchG),
3. der Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen, die durch Naturereignisse verursacht werden (§ 29 Abs. 1 Nr. 2 BrSchG),
4. gemeindeübergreifender Löschhilfe bis zu einer Luftlinienentfernung von 15 km von der Grenze des Einsatzgebietes (§ 21 Abs. 3 BrSchG),
5. Brandschutztechnischen Sicherheitsmaßnahmen beim Verladen von feuergefährlichen oder explosiven Stoffen, wenn sie zum Schutz der Nachbarschaft erforderlich sind.

§ 3 Gebührenpflichtige Dienstleistungen

- (1) Soweit nicht das Brandschutzgesetz oder § 2 dieser Gebührensatzung etwas anderes bestimmen, sind die Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr gebührenpflichtig.
- (2) Gebührenpflicht besteht insbesondere in folgenden Fällen:
- (a) Vorsätzlicher Verursachung von Gefahr und Schaden,
 - (b) Vorsätzlicher Alarmierung,
 - (c) Fahrlässiger Verursachung von Gefahr und Schaden,
 - (d) Fehlalarm einer Brandmeldeanlage,
 - (e) Bestehender Gefährdungshaftpflicht,
 - (f) Feuersicherheitswachen anlässlich von privaten Veranstaltungen, bei denen eine Feuersicherheitswache vorgeschrieben ist,
 - (g) Abpumpen des Oberflächenwassers von Grundstücken bzw. aus Gebäuden,
 - (h) Einer gegenwärtigen Gefahr, die durch den Betrieb eines Kraft-, Luft-, Schienen- oder Wasserfahrzeuges entstanden ist,
 - (i) von Aufwendungen für Sonderlöschmittel bei Bränden in Gewerbe- und Industriegebieten.

§ 4 Höhe und Bemessungsgrundlagen der Benutzungsgebühr

- (1) Die Benutzungsgebühr wird auf der Grundlage der nachstehenden Gebührentabelle nach Stundensätzen erhoben.

Der für die Berechnung des Stundensatzes erforderliche Zeitraum ergibt sich aus der Dauer der (ggf. fiktiven) Abwesenheit der Feuerwehrangehörigen (Tz. 1 der Tabelle), der Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) und des Gerätes (Tz. 3 der Tabelle) von der Feuerwache (z.B. Feuerwehrgerätehaus).

Gebührentabelle

Tz. gebührenpflichtige Leistung Gebühr je Stunde

1. Gebühr für den Einsatz von Feuerwehrangehörigen

- | | | |
|------|--------------------------------------|---------|
| 1.1. | je Person bei Einsätzen | 55,00 € |
| 1.2. | je Person bei Feuersicherheitswachen | 27,50 € |

2. Gebühr für den Einsatz von Fahrzeugen **(ohne Gebühr nach Tz. 1)**

- | | | |
|------|---|---------|
| 2.1. | Lastkraftwagen, Zugmaschinen und andere handelsübliche Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht | |
| | a) bis 5 t | 15,00 € |
| | b) bis 10 t | 20,00 € |
| | c) über 10 t | 25,00 € |

2.2. Spezial-Feuerwehrfahrzeuge der Gemeinde (einschließlich Ausrüstung)

a) Feuerlöschfahrzeug LF 8/6	134,00 €
b) Schlauchanhänger	11,00 €
c) Mehrzweckfahrzeug der Jugendfeuerwehr	36,00 €

- (2) Für jede angefangene Stunde wird der volle Stundensatz erhoben. Werden Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) länger als drei Stunden eingesetzt, so werden für die Zeit über drei Stunden nur 60 % der Gebühr je angefangene Stunde angesetzt.
- (3) Die Anzahl des einzusetzenden Personals sowie die Auswahl der Fahrzeuge, Geräte und Ausrüstungsgegenstände liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Einsatzleiterin oder des Einsatzleiters. Einsatzleiterin oder Einsatzleiter ist die oder der Feuerwehrangehörige, die oder der den Einsatz leitet.
- (4) Mit dem Stundensatz für Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) sind die Kosten für die Betriebsmittel abgegolten; nicht eingeschlossen sind die in § 5 dieser Satzung genannten Verbrauchsmittel.
- (5) Eine Gebühr ist auch dann zu zahlen, wenn die Feuerwehr nach ihrem Ausrücken nicht mehr tätig zu werden braucht und die Feuerwehr dieses nicht zu vertreten hat.
- (6) Die Benutzungsgebühr kann ganz oder teilweise von der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister erlassen werden, wenn
 - a) dieses im öffentlichen Interesse angezeigt ist oder
 - b) die Erhebung im Einzelfall unbillig wäre.
- (7) Für eine missbräuchliche Alarmierung der Feuerwehr beträgt die Gebühr 300,00 €.
- (8) Aufwendungen für Verpflegung und Erfrischungen des Personals bei Einsätzen von über drei Stunden Dauer sind zu erstatten.
- (9) Die Benutzungsgebühr bei der Durchführung von Feuersicherheitswachen bei einer Dauer von mehr als 24 Stunden kann pauschal abgerechnet werden.

§ 5 Kostenerstattung

Die Kosten für Sonderlöschmittel, Ölbindemittel, Filter, Prüfröhrchen und sonstige Verbrauchsmittel der Feuerwehr, soweit sie nicht dem Betrieb der Fahrzeuge unmittelbar dienen, werden durch öffentlich-rechtlichen Kostenerstattungsanspruch geltend gemacht. Der Kostenerstattungsanspruch entsteht mit dem Verbrauch der in Satz 1 genannten Mittel. Zugrunde gelegt werden die jeweiligen Tagespreise.

§ 6 Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner sind:
1. Der Auftraggeber und diejenigen Personen, in deren Interessen die Leistung der Feuerwehr erbracht wird.
 2. In den Fällen des § 3 (2) Buchstabe b) und c) der Veranlasser eines missbräuchlichen Alarms; der Brandstifter oder der Täter, der die Hilfeleistung verursacht hat.
 3. Der Eigentümer oder diejenige Person, zu deren Gunsten die Leistungen der Feuerwehr erfolgen.
 4. Der Besitzer einer Sache, deren Zustand den Einsatz erforderlich gemacht hat.
 5. Der Gewerbe- bzw. Industriebetrieb bei Aufwendung für Sonderlöschmittel bei Bränden.
- (2) Bei gemeindeübergreifender Hilfe ist die anfordernde Gemeinde oder die Aufsichtsbehörde Gebührensschuldner.
- (3) Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 7 Entstehung und Fälligkeit der Gebührenschuld

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit Beginn der gebührenpflichtigen Dienstleistung durch die Feuerwehr.
- (2) Die Gebührenschuld wird zwei Wochen nach Zugang des Gebührenbescheides fällig.
- (3) Eine Vorauszahlung bis zur Höhe der voraussichtlichen Benutzungsgebühr kann gefordert werden.

§ 8 Ersatzansprüche der Gemeinde als Träger der Feuerwehren

Für die Berechnung der Ersatzansprüche nach § 21 Abs. 3 BrSchG ist diese Satzung sinngemäß anzuwenden. Dieses gilt im Übrigen für alle anderen möglichen Ersatzansprüche der Gemeinde.

§ 9 Datenverarbeitung

- (1) Die Gemeinde Eggebek ist berechtigt, zum Zwecke der Gebührenerhebung nach dieser Satzung die erforderlichen personenbezogenen Daten zu erheben, zu speichern, zu verwenden und zu verarbeiten.
- (2) Zur Ermittlung des Gebührenschuldners können die personenbezogenen Daten bei Dritten erhoben werden. Dies sind insbesondere Polizeibehörden, Ordnungsbehörden, Meldebehörden und das Kraftfahrtbundesamt.
- (3) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Landesdatenschutzgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (LDSG) sowie § 37 BrSchG.

§ 10 Haftung für Schäden

- (1) Für Personen- und Sachschäden, die bei einem Einsatz der Feuerwehr entstehen, haftet die Gemeinde Eggebek (Feuerwehr) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.
- (2) Die Gebührenschuldnerinnen und Gebührenschuldner haben die Gemeinde Eggebek (Feuerwehr) von Ersatzansprüchen Dritter wegen Einsatz bedingter Schäden frei zu stellen, sofern diese von der Feuerwehr nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden sind.

§ 11 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung in ihrer bisherigen Fassung außer Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Eggebek, den 22.07.2023

gez. Ehlers (Gemeindesiegel)

Carsten Ehlers
-Bürgermeister-

Gebührensatzung

der Gemeinde Janneby über die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrgebührensatzung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO), der §§ 1, 2, 4, u. 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) und des § 29 des Brandschutzgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (BrSchG) in der jeweils gültigen Fassung wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Janneby vom 24.04.2023 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Aufgaben der Feuerwehr

- (1) Das Feuerwehrwesen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Janneby umfasst insbesondere:
 1. die Bekämpfung von Bränden und der Schutz von Menschen und Sachen vor Brandschäden (abwehrender Brandschutz),
 2. die Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen (technische Hilfe),
 3. die Verhütung von Bränden und Brandgefahren (vorbeugender Brandschutz)
 4. die Mitwirkung im Katastrophenschutz.
- (2) Die Feuerwehr hat danach in ihrem Einsatzgebiet die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um gegenwärtige Gefahren für Leben, Gesundheit und Vermögen abzuwehren. Sie leisten auf Anforderung der Einsatzleitung gemeindeübergreifende Hilfe, soweit der abwehrende Brandschutz und die technische Hilfe in ihrem Einsatzgebiet nicht gefährdet sind sowie darüber hinaus Hilfe bei Großeinsätzen.
- (3) Die Feuerwehren wirken bei der Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung mit.

§ 2

Gebührenfreie Dienstleistungen

Der Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr ist gebührenfrei bei:

1. Bränden und Rauchwarnmeldeinsätzen (§ 29 Abs. 1 Nr. 1 BrSchG),
2. der Befreiung von Menschen aus lebensbedrohlichen Lagen (§ 29 Abs. 7 BrSchG),
3. der Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen, die durch Naturereignisse verursacht werden (§ 29 Abs. 1 Nr. 2 BrSchG),
4. gemeindeübergreifender Löschhilfe bis zu einer Luftlinienentfernung von 15 km von der Grenze des Einsatzgebietes (§ 21 Abs. 3 BrSchG),
5. Brandschutztechnischen Sicherheitsmaßnahmen beim Verladen von feuergefährlichen oder explosiven Stoffen, wenn sie zum Schutz der Nachbarschaft erforderlich sind.

§ 3 Gebührenpflichtige Dienstleistungen

- (1) Soweit nicht das Brandschutzgesetz oder § 2 dieser Gebührensatzung etwas anderes bestimmen, sind die Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr gebührenpflichtig.
- (2) Gebührenpflicht besteht insbesondere in folgenden Fällen:
- (a) Vorsätzlicher Verursachung von Gefahr und Schaden,
 - (b) Vorsätzlicher Alarmierung,
 - (c) Fahrlässiger Verursachung von Gefahr und Schaden,
 - (d) Fehlalarm einer Brandmeldeanlage,
 - (e) Bestehender Gefährdungshaftpflicht,
 - (f) Feuersicherheitswachen anlässlich von privaten Veranstaltungen, bei denen eine Feuersicherheitswache vorgeschrieben ist,
 - (g) Abpumpen des Oberflächenwassers von Grundstücken bzw. aus Gebäuden,
 - (h) Einer gegenwärtigen Gefahr, die durch den Betrieb eines Kraft-, Luft-, Schienen- oder Wasserfahrzeuges entstanden ist,
 - (i) von Aufwendungen für Sonderlöschmittel bei Bränden in Gewerbe- und Industriegebieten.

§ 4 Höhe und Bemessungsgrundlagen der Benutzungsgebühr

- (1) Die Benutzungsgebühr wird auf der Grundlage der nachstehenden Gebührentabelle nach Stundensätzen erhoben.

Der für die Berechnung des Stundensatzes erforderliche Zeitraum ergibt sich aus der Dauer der (ggf. fiktiven) Abwesenheit der Feuerwehrangehörigen (Tz. 1 der Tabelle), der Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) und des Gerätes (Tz. 3 der Tabelle) von der Feuerwache (z.B. Feuerwehrgerätehaus).

Gebührentabelle

Tz.	gebührenpflichtige Leistung	Gebühr je Stunde
-----	-----------------------------	------------------

1. Gebühr für den Einsatz von Feuerwehrangehörigen

- | | | |
|------|--------------------------------------|---------|
| 1.1. | je Person bei Einsätzen | 55,00 € |
| 1.2. | je Person bei Feuersicherheitswachen | 27,50 € |

2. Gebühr für den Einsatz von Fahrzeugen **(ohne Gebühr nach Tz. 1)**

- | | | |
|------|---|---------|
| 2.1. | Lastkraftwagen, Zugmaschinen und andere handelsübliche Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht | |
| | a) bis 5 t | 15,00 € |
| | b) bis 10 t | 20,00 € |
| | c) über 10 t | 25,00 € |

2.2. Spezial-Feuerwehrfahrzeuge der Gemeinde (einschließlich Ausrüstung)

a) Tragkraftspritzenfahrzeug TSF-W 120,00 €

- (2) Für jede angefangene Stunde wird der volle Stundensatz erhoben. Werden Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) länger als drei Stunden eingesetzt, so werden für die Zeit über drei Stunden nur 60 % der Gebühr je angefangene Stunde angesetzt.
- (3) Die Anzahl des einzusetzenden Personals sowie die Auswahl der Fahrzeuge, Geräte und Ausrüstungsgegenstände liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Einsatzleiterin oder des Einsatzleiters. Einsatzleiterin oder Einsatzleiter ist die oder der Feuerwehrangehörige, die oder der den Einsatz leitet.
- (4) Mit dem Stundensatz für Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) sind die Kosten für die Betriebsmittel abgegolten; nicht eingeschlossen sind die in § 5 dieser Satzung genannten Verbrauchsmittel.
- (5) Eine Gebühr ist auch dann zu zahlen, wenn die Feuerwehr nach ihrem Ausrücken nicht mehr tätig zu werden braucht und die Feuerwehr dieses nicht zu vertreten hat.
- (6) Die Benutzungsgebühr kann ganz oder teilweise von der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister erlassen werden, wenn
 - a) dieses im öffentlichen Interesse angezeigt ist oder
 - b) die Erhebung im Einzelfall unbillig wäre.
- (7) Für eine missbräuchliche Alarmierung der Feuerwehr beträgt die Gebühr 300,00 €.
- (8) Aufwendungen für Verpflegung und Erfrischungen des Personals bei Einsätzen von über drei Stunden Dauer sind zu erstatten.
- (9) Die Benutzungsgebühr bei der Durchführung von Feuersicherheitswachen bei einer Dauer von mehr als 24 Stunden kann pauschal abgerechnet werden.

§ 5 Kostenerstattung

Die Kosten für Sonderlöschmittel, Ölbindemittel, Filter, Prüfröhrchen und sonstige Verbrauchsmittel der Feuerwehr, soweit sie nicht dem Betrieb der Fahrzeuge unmittelbar dienen, werden durch öffentlich-rechtlichen Kostenerstattungsanspruch geltend gemacht. Der Kostenerstattungsanspruch entsteht mit dem Verbrauch der in Satz 1 genannten Mittel. Zugrunde gelegt werden die jeweiligen Tagespreise.

§ 6 Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner sind:
1. Der Auftraggeber und diejenigen Personen, in deren Interessen die Leistung der Feuerwehr erbracht wird.
 2. In den Fällen des § 3 (2) Buchstabe b) und c) der Veranlasser eines missbräuchlichen Alarms; der Brandstifter oder der Täter, der die Hilfeleistung verursacht hat.
 3. Der Eigentümer oder diejenige Person, zu deren Gunsten die Leistungen der Feuerwehr erfolgen.
 4. Der Besitzer einer Sache, deren Zustand den Einsatz erforderlich gemacht hat.
 5. Der Gewerbe- bzw. Industriebetrieb bei Aufwendung für Sonderlöschmittel bei Bränden.
- (2) Bei gemeindeübergreifender Hilfe ist die anfordernde Gemeinde oder die Aufsichtsbehörde Gebührensschuldner.
- (3) Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 7 Entstehung und Fälligkeit der Gebührenschuld

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit Beginn der gebührenpflichtigen Dienstleistung durch die Feuerwehr.
- (2) Die Gebührenschuld wird zwei Wochen nach Zugang des Gebührenbescheides fällig.
- (3) Eine Vorauszahlung bis zur Höhe der voraussichtlichen Benutzungsgebühr kann gefordert werden.

§ 8 Ersatzansprüche der Gemeinde als Träger der Feuerwehren

Für die Berechnung der Ersatzansprüche nach § 21 Abs. 3 BrSchG ist diese Satzung sinngemäß anzuwenden. Dieses gilt im Übrigen für alle anderen möglichen Ersatzansprüche der Gemeinde.

§ 9 Datenverarbeitung

- (1) Die Gemeinde Janneby ist berechtigt, zum Zwecke der Gebührenerhebung nach dieser Satzung die erforderlichen personenbezogenen Daten zu erheben, zu speichern, zu verwenden und zu verarbeiten.
- (2) Zur Ermittlung des Gebührenschuldners können die personenbezogenen Daten bei Dritten erhoben werden. Dies sind insbesondere Polizeibehörden, Ordnungsbehörden, Meldebehörden und das Kraftfahrtbundesamt.

- (3) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Landesdatenschutzgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (LDSG) sowie § 37 BrSchG.

§ 10 Haftung für Schäden

- (1) Für Personen- und Sachschäden, die bei einem Einsatz der Feuerwehr entstehen, haftet die Gemeinde Janneby (Feuerwehr) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.
- (2) Die Gebührenschuldnerinnen und Gebührenschuldner haben die Gemeinde Janneby (Feuerwehr) von Ersatzansprüchen Dritter wegen Einsatz bedingter Schäden frei zu stellen, sofern diese von der Feuerwehr nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden sind.

§ 11 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung in ihrer bisherigen Fassung außer Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Janneby, den 25.07.2023

gez. Blunck
Birgit Blunck
-Bürgermeisterin-

(Gemeindesiegel)

Gebührensatzung

der Gemeinde Jerrishoe über die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrgebührensatzung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO), der §§ 1, 2, 4, u. 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) und des § 29 des Brandschutzgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (BrSchG) in der jeweils gültigen Fassung wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Jerrishoe vom 02.05.2023 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Aufgaben der Feuerwehr

- (1) Das Feuerwehrwesen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Jerrishoe umfasst insbesondere:
 1. die Bekämpfung von Bränden und der Schutz von Menschen und Sachen vor Brandschäden (abwehrender Brandschutz),
 2. die Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen (technische Hilfe),
 3. die Verhütung von Bränden und Brandgefahren (vorbeugender Brandschutz)
 4. die Mitwirkung im Katastrophenschutz.
- (2) Die Feuerwehr hat danach in ihrem Einsatzgebiet die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um gegenwärtige Gefahren für Leben, Gesundheit und Vermögen abzuwehren. Sie leisten auf Anforderung der Einsatzleitung gemeindeübergreifende Hilfe, soweit der abwehrende Brandschutz und die technische Hilfe in ihrem Einsatzgebiet nicht gefährdet sind sowie darüber hinaus Hilfe bei Großeinsätzen.
- (3) Die Feuerwehren wirken bei der Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung mit.

§ 2

Gebührenfreie Dienstleistungen

Der Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr ist gebührenfrei bei:

1. Bränden und Rauchwarnmeldeinsätzen (§ 29 Abs. 1 Nr. 1 BrSchG),
2. der Befreiung von Menschen aus lebensbedrohlichen Lagen (§ 29 Abs. 7 BrSchG),
3. der Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen, die durch Naturereignisse verursacht werden (§ 29 Abs. 1 Nr. 2 BrSchG),
4. gemeindeübergreifender Löschhilfe bis zu einer Luftlinienentfernung von 15 km von der Grenze des Einsatzgebietes (§ 21 Abs. 3 BrSchG),
5. Brandschutztechnischen Sicherheitsmaßnahmen beim Verladen von feuergefährlichen oder explosiven Stoffen, wenn sie zum Schutz der Nachbarschaft erforderlich sind.

§ 3 Gebührenpflichtige Dienstleistungen

- (1) Soweit nicht das Brandschutzgesetz oder § 2 dieser Gebührensatzung etwas anderes bestimmen, sind die Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr gebührenpflichtig.
- (2) Gebührenpflicht besteht insbesondere in folgenden Fällen:
- (a) Vorsätzlicher Verursachung von Gefahr und Schaden,
 - (b) Vorsätzlicher Alarmierung,
 - (c) Fahrlässiger Verursachung von Gefahr und Schaden,
 - (d) Fehllalarm einer Brandmeldeanlage,
 - (e) Bestehender Gefährdungshaftpflicht,
 - (f) Feuersicherheitswachen anlässlich von privaten Veranstaltungen, bei denen eine Feuersicherheitswache vorgeschrieben ist,
 - (g) Abpumpen des Oberflächenwassers von Grundstücken bzw. aus Gebäuden,
 - (h) Einer gegenwärtigen Gefahr, die durch den Betrieb eines Kraft-, Luft-, Schienen- oder Wasserfahrzeuges entstanden ist,
 - (i) von Aufwendungen für Sonderlöschmittel bei Bränden in Gewerbe- und Industriegebieten.

§ 4 Höhe und Bemessungsgrundlagen der Benutzungsgebühr

- (1) Die Benutzungsgebühr wird auf der Grundlage der nachstehenden Gebührentabelle nach Stundensätzen erhoben.

Der für die Berechnung des Stundensatzes erforderliche Zeitraum ergibt sich aus der Dauer der (ggf. fiktiven) Abwesenheit der Feuerwehrangehörigen (Tz. 1 der Tabelle), der Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) und des Gerätes (Tz. 3 der Tabelle) von der Feuerwache (z.B. Feuerwehrgerätehaus).

Gebührentabelle

Tz. gebührenpflichtige Leistung Gebühr je Stunde

1. Gebühr für den Einsatz von Feuerwehrangehörigen

- | | | |
|------|--------------------------------------|---------|
| 1.1. | je Person bei Einsätzen | 55,00 € |
| 1.2. | je Person bei Feuersicherheitswachen | 27,50 € |

2. Gebühr für den Einsatz von Fahrzeugen (ohne Gebühr nach Tz. 1)

- | | | |
|------|---|---------|
| 2.1. | Lastkraftwagen, Zugmaschinen und andere handelsübliche Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht | |
| a) | bis 5 t | 15,00 € |
| b) | bis 10 t | 20,00 € |
| c) | über 10 t | 25,00 € |

2.2. Spezial-Feuerwehrfahrzeuge der Gemeinde (einschließlich Ausrüstung)

a) Staffelöschfahrzeug StLF 10/6	120,00 €
b) Mehrzweckanhänger	11,00 €
c) Mehrzweckfahrzeug	36,00 €
d) Dekontaminationsfahrzeug	121,00 €

- (2) Für jede angefangene Stunde wird der volle Stundensatz erhoben. Werden Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) länger als drei Stunden eingesetzt, so werden für die Zeit über drei Stunden nur 60 % der Gebühr je angefangene Stunde angesetzt.
- (3) Die Anzahl des einzusetzenden Personals sowie die Auswahl der Fahrzeuge, Geräte und Ausrüstungsgegenstände liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Einsatzleiterin oder des Einsatzleiters. Einsatzleiterin oder Einsatzleiter ist die oder der Feuerwehrangehörige, die oder der den Einsatz leitet.
- (4) Mit dem Stundensatz für Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) sind die Kosten für die Betriebsmittel abgegolten; nicht eingeschlossen sind die in § 5 dieser Satzung genannten Verbrauchsmittel.
- (5) Eine Gebühr ist auch dann zu zahlen, wenn die Feuerwehr nach ihrem Ausrücken nicht mehr tätig zu werden braucht und die Feuerwehr dieses nicht zu vertreten hat.
- (6) Die Benutzungsgebühr kann ganz oder teilweise von der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister erlassen werden, wenn
 - a) dieses im öffentlichen Interesse angezeigt ist oder
 - b) die Erhebung im Einzelfall unbillig wäre.
- (7) Für eine missbräuchliche Alarmierung der Feuerwehr beträgt die Gebühr 300,00 €.
- (8) Aufwendungen für Verpflegung und Erfrischungen des Personals bei Einsätzen von über drei Stunden Dauer sind zu erstatten.
- (9) Die Benutzungsgebühr bei der Durchführung von Feuersicherheitswachen bei einer Dauer von mehr als 24 Stunden kann pauschal abgerechnet werden.

§ 5 Kostenerstattung

- (1) Die Kosten für Sonderlöschmittel, Ölbindemittel, Filter, Prüfröhrchen und sonstige Verbrauchsmittel der Feuerwehr, soweit sie nicht dem Betrieb der Fahrzeuge unmittelbar dienen, werden durch öffentlich-rechtlichen Kostenerstattungsanspruch geltend gemacht. Der Kostenerstattungsanspruch entsteht mit dem Verbrauch der in Satz 1 genannten Mittel. Zugrunde gelegt werden die jeweiligen Tagespreise.
- (2) Die Kosten für die Reinigung von Einsatzkleidung amtsfremder Feuerwehren nach Einsätzen des Dekontaminationsfahrzeugs werden durch öffentlich-rechtlichen Kostenerstattungsanspruch geltend gemacht. Der Kostenerstattungsanspruch entsteht mit der Beauftragung der Reinigung der Einsatzkleidung durch das Amt Eggebek. Zugrunde gelegt wird der Rechnungsbetrag der Reinigung.

§ 6 Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner sind:
1. Der Auftraggeber und diejenigen Personen, in deren Interessen die Leistung der Feuerwehr erbracht wird.
 2. In den Fällen des § 3 (2) Buchstabe b) und c) der Veranlasser eines missbräuchlichen Alarms; der Brandstifter oder der Täter, der die Hilfeleistung verursacht hat.
 3. Der Eigentümer oder diejenige Person, zu deren Gunsten die Leistungen der Feuerwehr erfolgen.
 4. Der Besitzer einer Sache, deren Zustand den Einsatz erforderlich gemacht hat.
 5. Der Gewerbe- bzw. Industriebetrieb bei Aufwendung für Sonderlöschmittel bei Bränden.
- (2) Bei gemeindeübergreifender Hilfe ist die anfordernde Gemeinde oder die Aufsichtsbehörde Gebührensschuldner.
- (3) Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 7 Entstehung und Fälligkeit der Gebührenschuld

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit Beginn der gebührenpflichtigen Dienstleistung durch die Feuerwehr.
- (2) Die Gebührenschuld wird zwei Wochen nach Zugang des Gebührenbescheides fällig.
- (3) Eine Vorauszahlung bis zur Höhe der voraussichtlichen Benutzungsgebühr kann gefordert werden.

§ 8 Ersatzansprüche der Gemeinde als Träger der Feuerwehren

Für die Berechnung der Ersatzansprüche nach § 21 Abs. 3 BrSchG ist diese Satzung sinngemäß anzuwenden. Dieses gilt im Übrigen für alle anderen möglichen Ersatzansprüche der Gemeinde.

§ 9 Datenverarbeitung

- (1) Die Gemeinde Jerrishoe ist berechtigt, zum Zwecke der Gebührenerhebung nach dieser Satzung die erforderlichen personenbezogenen Daten zu erheben, zu speichern, zu verwenden und zu verarbeiten.
- (2) Zur Ermittlung des Gebührenschuldners können die personenbezogenen Daten bei Dritten erhoben werden. Dies sind insbesondere Polizeibehörden, Ordnungsbehörden, Meldebehörden und das Krafffahrtbundesamt.
- (3) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Landesdatenschutzgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (LDSG) sowie § 37 BrSchG.

§ 10 Haftung für Schäden

- (1) Für Personen- und Sachschäden, die bei einem Einsatz der Feuerwehr entstehen, haftet die Gemeinde Jerrishoe (Feuerwehr) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.
- (2) Die Gebührenschuldnerinnen und Gebührenschuldner haben die Gemeinde Jerrishoe (Feuerwehr) von Ersatzansprüchen Dritter wegen Einsatz bedingter Schäden frei zu stellen, sofern diese von der Feuerwehr nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden sind.

§ 11 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Jerrishoe, den 24.07.2023

gez. Carstensen-Uhle

(Gemeindesiegel)

Jörg Carstensen-Uhle
-Bürgermeister-

Gebührensatzung

der Gemeinde Jörl über die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrgebührensatzung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO), der §§ 1, 2, 4, u. 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) und des § 29 des Brandschutzgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (BrSchG) in der jeweils gültigen Fassung wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Jörl vom 25.04.2023 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Aufgaben der Feuerwehr

- (1) Das Feuerwehrwesen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Jörl umfasst insbesondere:
 1. die Bekämpfung von Bränden und der Schutz von Menschen und Sachen vor Brandschäden (abwehrender Brandschutz),
 2. die Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen (technische Hilfe),
 3. die Verhütung von Bränden und Brandgefahren (vorbeugender Brandschutz)
 4. die Mitwirkung im Katastrophenschutz.

- (2) Die Feuerwehr hat danach in ihrem Einsatzgebiet die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um gegenwärtige Gefahren für Leben, Gesundheit und Vermögen abzuwehren. Sie leisten auf Anforderung der Einsatzleitung gemeindeübergreifende Hilfe, soweit der abwehrende Brandschutz und die technische Hilfe in ihrem Einsatzgebiet nicht gefährdet sind sowie darüber hinaus Hilfe bei Großeinsätzen.

- (3) Die Feuerwehren wirken bei der Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung mit.

§ 2

Gebührenfreie Dienstleistungen

Der Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr ist gebührenfrei bei:

1. Bränden und Rauchwarnmeldeinsätzen (§ 29 Abs. 1 Nr. 1 BrSchG),
2. der Befreiung von Menschen aus lebensbedrohlichen Lagen (§ 29 Abs. 7 BrSchG),
3. der Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen, die durch Naturereignisse verursacht werden (§ 29 Abs. 1 Nr. 2 BrSchG),
4. gemeindeübergreifender Löschhilfe bis zu einer Luftlinienentfernung von 15 km von der Grenze des Einsatzgebietes (§ 21 Abs. 3 BrSchG),
5. Brandschutztechnischen Sicherheitsmaßnahmen beim Verladen von feuergefährlichen oder explosiven Stoffen, wenn sie zum Schutz der Nachbarschaft erforderlich sind.

§ 3 Gebührenpflichtige Dienstleistungen

- (1) Soweit nicht das Brandschutzgesetz oder § 2 dieser Gebührensatzung etwas anderes bestimmen, sind die Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr gebührenpflichtig.
- (2) Gebührenpflicht besteht insbesondere in folgenden Fällen:
- (a) Vorsätzlicher Verursachung von Gefahr und Schaden,
 - (b) Vorsätzlicher Alarmierung,
 - (c) Fahrlässiger Verursachung von Gefahr und Schaden,
 - (d) Fehlalarm einer Brandmeldeanlage,
 - (e) Bestehender Gefährdungshaftpflicht,
 - (f) Feuersicherheitswachen anlässlich von privaten Veranstaltungen, bei denen eine Feuersicherheitswache vorgeschrieben ist,
 - (g) Abpumpen des Oberflächenwassers von Grundstücken bzw. aus Gebäuden,
 - (h) Einer gegenwärtigen Gefahr, die durch den Betrieb eines Kraft-, Luft-, Schienen- oder Wasserfahrzeuges entstanden ist,
 - (i) von Aufwendungen für Sonderlöschmittel bei Bränden in Gewerbe- und Industriegebieten.

§ 4 Höhe und Bemessungsgrundlagen der Benutzungsgebühr

- (1) Die Benutzungsgebühr wird auf der Grundlage der nachstehenden Gebührentabelle nach Stundensätzen erhoben.

Der für die Berechnung des Stundensatzes erforderliche Zeitraum ergibt sich aus der Dauer der (ggf. fiktiven) Abwesenheit der Feuerwehrangehörigen (Tz. 1 der Tabelle), der Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) und des Gerätes (Tz. 3 der Tabelle) von der Feuerwache (z.B. Feuerwehrgerätehaus).

Gebührentabelle

Tz.	gebührenpflichtige Leistung	Gebühr je Stunde
-----	-----------------------------	------------------

1. Gebühr für den Einsatz von Feuerwehrangehörigen

- | | | |
|------|--------------------------------------|---------|
| 1.1. | je Person bei Einsätzen | 55,00 € |
| 1.2. | je Person bei Feuersicherheitswachen | 27,50 € |

2. Gebühr für den Einsatz von Fahrzeugen **(ohne Gebühr nach Tz. 1)**

- | | | |
|------|---|---------|
| 2.1. | Lastkraftwagen, Zugmaschinen und andere handelsübliche Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht | |
| | a) bis 5 t | 15,00 € |
| | b) bis 10 t | 20,00 € |
| | c) über 10 t | 25,00 € |

2.2. Spezial-Feuerwehrfahrzeuge der Gemeinde (einschließlich Ausrüstung)

a) Feuerlöschfahrzeug LF 16-TS	134,00 €
b) Tragkraftspritzenfahrzeug TSF-W	120,00 €

- (2) Für jede angefangene Stunde wird der volle Stundensatz erhoben. Werden Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) länger als drei Stunden eingesetzt, so werden für die Zeit über drei Stunden nur 60 % der Gebühr je angefangene Stunde angesetzt.
- (3) Die Anzahl des einzusetzenden Personals sowie die Auswahl der Fahrzeuge, Geräte und Ausrüstungsgegenstände liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Einsatzleiterin oder des Einsatzleiters. Einsatzleiterin oder Einsatzleiter ist die oder der Feuerwehrangehörige, die oder der den Einsatz leitet.
- (4) Mit dem Stundensatz für Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) sind die Kosten für die Betriebsmittel abgegolten; nicht eingeschlossen sind die in § 5 dieser Satzung genannten Verbrauchsmittel.
- (5) Eine Gebühr ist auch dann zu zahlen, wenn die Feuerwehr nach ihrem Ausrücken nicht mehr tätig zu werden braucht und die Feuerwehr dieses nicht zu vertreten hat.
- (6) Die Benutzungsgebühr kann ganz oder teilweise von der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister erlassen werden, wenn
 - a) dieses im öffentlichen Interesse angezeigt ist oder
 - b) die Erhebung im Einzelfall unbillig wäre.
- (7) Für eine missbräuchliche Alarmierung der Feuerwehr beträgt die Gebühr 300,00 €.
- (8) Aufwendungen für Verpflegung und Erfrischungen des Personals bei Einsätzen von über drei Stunden Dauer sind zu erstatten.
- (9) Die Benutzungsgebühr bei der Durchführung von Feuersicherheitswachen bei einer Dauer von mehr als 24 Stunden kann pauschal abgerechnet werden.

§ 5 Kostenerstattung

Die Kosten für Sonderlöschmittel, Ölbindemittel, Filter, Prüfröhrchen und sonstige Verbrauchsmittel der Feuerwehr, soweit sie nicht dem Betrieb der Fahrzeuge unmittelbar dienen, werden durch öffentlich-rechtlichen Kostenerstattungsanspruch geltend gemacht. Der Kostenerstattungsanspruch entsteht mit dem Verbrauch der in Satz 1 genannten Mittel. Zugrunde gelegt werden die jeweiligen Tagespreise.

§ 6 Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner sind:
1. Der Auftraggeber und diejenigen Personen, in deren Interessen die Leistung der Feuerwehr erbracht wird.
 2. In den Fällen des § 3 (2) Buchstabe b) und c) der Veranlasser eines missbräuchlichen Alarms; der Brandstifter oder der Täter, der die Hilfeleistung verursacht hat.
 3. Der Eigentümer oder diejenige Person, zu deren Gunsten die Leistungen der Feuerwehr erfolgen.
 4. Der Besitzer einer Sache, deren Zustand den Einsatz erforderlich gemacht hat.
 5. Der Gewerbe- bzw. Industriebetrieb bei Aufwendung für Sonderlöschmittel bei Bränden.
- (2) Bei gemeindeübergreifender Hilfe ist die anfordernde Gemeinde oder die Aufsichtsbehörde Gebührensschuldner.
- (3) Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 7 Entstehung und Fälligkeit der Gebührenschuld

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit Beginn der gebührenpflichtigen Dienstleistung durch die Feuerwehr.
- (2) Die Gebührenschuld wird zwei Wochen nach Zugang des Gebührenbescheides fällig.
- (3) Eine Vorauszahlung bis zur Höhe der voraussichtlichen Benutzungsgebühr kann gefordert werden.

§ 8 Ersatzansprüche der Gemeinde als Träger der Feuerwehren

Für die Berechnung der Ersatzansprüche nach § 21 Abs. 3 BrSchG ist diese Satzung sinngemäß anzuwenden. Dieses gilt im Übrigen für alle anderen möglichen Ersatzansprüche der Gemeinde.

§ 9 Datenverarbeitung

- (1) Die Gemeinde Jörl ist berechtigt, zum Zwecke der Gebührenerhebung nach dieser Satzung die erforderlichen personenbezogenen Daten zu erheben, zu speichern, zu verwenden und zu verarbeiten.

- (2) Zur Ermittlung des Gebührenschuldners können die personenbezogenen Daten bei Dritten erhoben werden. Dies sind insbesondere Polizeibehörden, Ordnungsbehörden, Meldebehörden und das Kraftfahrtbundesamt.
- (3) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Landesdatenschutzgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (LDSG) sowie § 37 BrSchG.

§ 10 Haftung für Schäden

- (1) Für Personen- und Sachschäden, die bei einem Einsatz der Feuerwehr entstehen, haftet die Gemeinde Jörl (Feuerwehr) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.
- (2) Die Gebührenschuldnerinnen und Gebührenschuldner haben die Gemeinde Jörl (Feuerwehr) von Ersatzansprüchen Dritter wegen Einsatz bedingter Schäden frei zu stellen, sofern diese von der Feuerwehr nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden sind.

§ 11 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Jörl, den 25.07.2023

gez. Kahlund (Gemeindesiegel)

Thomas-Peter Kahlund
-Bürgermeister-

Gebührensatzung

der Gemeinde Langstedt über die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrgebührensatzung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO), der §§ 1, 2, 4, u. 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) und des § 29 des Brandschutzgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (BrSchG) in der jeweils gültigen Fassung wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Langstedt vom 25.04.2023 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Aufgaben der Feuerwehr

- (1) Das Feuerwehrwesen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Langstedt umfasst insbesondere:
 1. die Bekämpfung von Bränden und der Schutz von Menschen und Sachen vor Brandschäden (abwehrender Brandschutz),
 2. die Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen (technische Hilfe),
 3. die Verhütung von Bränden und Brandgefahren (vorbeugender Brandschutz)
 4. die Mitwirkung im Katastrophenschutz.
- (2) Die Feuerwehr hat danach in ihrem Einsatzgebiet die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um gegenwärtige Gefahren für Leben, Gesundheit und Vermögen abzuwehren. Sie leisten auf Anforderung der Einsatzleitung gemeindeübergreifende Hilfe, soweit der abwehrende Brandschutz und die technische Hilfe in ihrem Einsatzgebiet nicht gefährdet sind sowie darüber hinaus Hilfe bei Großeinsätzen.
- (3) Die Feuerwehren wirken bei der Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung mit.

§ 2

Gebührenfreie Dienstleistungen

Der Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr ist gebührenfrei bei:

1. Bränden und Rauchwarnmeldeinsätzen (§ 29 Abs. 1 Nr. 1 BrSchG),
2. der Befreiung von Menschen aus lebensbedrohlichen Lagen (§ 29 Abs. 7 BrSchG),
3. der Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen, die durch Naturereignisse verursacht werden (§ 29 Abs. 1 Nr. 2 BrSchG),
4. gemeindeübergreifender Löschhilfe bis zu einer Luftlinienentfernung von 15 km von der Grenze des Einsatzgebietes (§ 21 Abs. 3 BrSchG),
5. Brandschutztechnischen Sicherheitsmaßnahmen beim Verladen von feuergefährlichen oder explosiven Stoffen, wenn sie zum Schutz der Nachbarschaft erforderlich sind.

§ 3
Gebührenpflichtige Dienstleistungen

- (1) Soweit nicht das Brandschutzgesetz oder § 2 dieser Gebührensatzung etwas anderes bestimmen, sind die Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr gebührenpflichtig.
- (2) Gebührenpflicht besteht insbesondere in folgenden Fällen:
- (a) Vorsätzlicher Verursachung von Gefahr und Schaden,
 - (b) Vorsätzlicher Alarmierung,
 - (c) Fahrlässiger Verursachung von Gefahr und Schaden,
 - (d) Fehlalarm einer Brandmeldeanlage,
 - (e) Bestehender Gefährdungshaftpflicht,
 - (f) Feuersicherheitswachen anlässlich von privaten Veranstaltungen, bei denen eine Feuersicherheitswache vorgeschrieben ist,
 - (g) Abpumpen des Oberflächenwassers von Grundstücken bzw. aus Gebäuden,
 - (h) Einer gegenwärtigen Gefahr, die durch den Betrieb eines Kraft-, Luft-, Schienen- oder Wasserfahrzeuges entstanden ist,
 - (i) von Aufwendungen für Sonderlöschmittel bei Bränden in Gewerbe- und Industriegebieten.

§ 4
Höhe und Bemessungsgrundlagen der Benutzungsgebühr

- (1) Die Benutzungsgebühr wird auf der Grundlage der nachstehenden Gebührentabelle nach Stundensätzen erhoben.

Der für die Berechnung des Stundensatzes erforderliche Zeitraum ergibt sich aus der Dauer der (ggf. fiktiven) Abwesenheit der Feuerwehrangehörigen (Tz. 1 der Tabelle), der Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) und des Gerätes (Tz. 3 der Tabelle) von der Feuerwache (z.B. Feuerwehrgerätehaus).

Gebührentabelle

Tz. gebührenpflichtige Leistung Gebühr je Stunde

1. Gebühr für den Einsatz von Feuerwehrangehörigen

- | | | |
|------|--------------------------------------|---------|
| 1.1. | je Person bei Einsätzen | 55,00 € |
| 1.2. | je Person bei Feuersicherheitswachen | 27,50 € |

2. Gebühr für den Einsatz von Fahrzeugen
(ohne Gebühr nach Tz. 1)

- | | | |
|------|---|---------|
| 2.1. | Lastkraftwagen, Zugmaschinen und andere handelsübliche Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht | |
| a) | bis 5 t | 15,00 € |
| b) | bis 10 t | 20,00 € |
| c) | über 10 t | 25,00 € |

2.2. Spezial-Feuerwehrfahrzeuge der Gemeinde (einschließlich Ausrüstung)

a) Feuerlöschfahrzeug LF 10/6 120,00 €

- (2) Für jede angefangene Stunde wird der volle Stundensatz erhoben. Werden Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) länger als drei Stunden eingesetzt, so werden für die Zeit über drei Stunden nur 60 % der Gebühr je angefangene Stunde angesetzt.
- (3) Die Anzahl des einzusetzenden Personals sowie die Auswahl der Fahrzeuge, Geräte und Ausrüstungsgegenstände liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Einsatzleiterin oder des Einsatzleiters. Einsatzleiterin oder Einsatzleiter ist die oder der Feuerwehrangehörige, die oder der den Einsatz leitet.
- (4) Mit dem Stundensatz für Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) sind die Kosten für die Betriebsmittel abgegolten; nicht eingeschlossen sind die in § 5 dieser Satzung genannten Verbrauchsmittel.
- (5) Eine Gebühr ist auch dann zu zahlen, wenn die Feuerwehr nach ihrem Ausrücken nicht mehr tätig zu werden braucht und die Feuerwehr dieses nicht zu vertreten hat.
- (6) Die Benutzungsgebühr kann ganz oder teilweise von der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister erlassen werden, wenn
 - a) dieses im öffentlichen Interesse angezeigt ist oder
 - b) die Erhebung im Einzelfall unbillig wäre.
- (7) Für eine missbräuchliche Alarmierung der Feuerwehr beträgt die Gebühr 300,00 €.
- (8) Aufwendungen für Verpflegung und Erfrischungen des Personals bei Einsätzen von über drei Stunden Dauer sind zu erstatten.
- (9) Die Benutzungsgebühr bei der Durchführung von Feuersicherheitswachen bei einer Dauer von mehr als 24 Stunden kann pauschal abgerechnet werden.

§ 5 Kostenerstattung

Die Kosten für Sonderlöschmittel, Ölbindemittel, Filter, Prüfröhrchen und sonstige Verbrauchsmittel der Feuerwehr, soweit sie nicht dem Betrieb der Fahrzeuge unmittelbar dienen, werden durch öffentlich-rechtlichen Kostenerstattungsanspruch geltend gemacht. Der Kostenerstattungsanspruch entsteht mit dem Verbrauch der in Satz 1 genannten Mittel. Zugrunde gelegt werden die jeweiligen Tagespreise.

§ 6 Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner sind:
1. Der Auftraggeber und diejenigen Personen, in deren Interessen die Leistung der Feuerwehr erbracht wird.
 2. In den Fällen des § 3 (2) Buchstabe b) und c) der Veranlasser eines missbräuchlichen Alarms; der Brandstifter oder der Täter, der die Hilfeleistung verursacht hat.
 3. Der Eigentümer oder diejenige Person, zu deren Gunsten die Leistungen der Feuerwehr erfolgen.
 4. Der Besitzer einer Sache, deren Zustand den Einsatz erforderlich gemacht hat.
 5. Der Gewerbe- bzw. Industriebetrieb bei Aufwendung für Sonderlöschmittel bei Bränden.
- (2) Bei gemeindeübergreifender Hilfe ist die anfordernde Gemeinde oder die Aufsichtsbehörde Gebührensschuldner.
- (3) Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 7 Entstehung und Fälligkeit der Gebührenschuld

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit Beginn der gebührenpflichtigen Dienstleistung durch die Feuerwehr.
- (2) Die Gebührenschuld wird zwei Wochen nach Zugang des Gebührenbescheides fällig.
- (3) Eine Vorauszahlung bis zur Höhe der voraussichtlichen Benutzungsgebühr kann gefordert werden.

§ 8 Ersatzansprüche der Gemeinde als Träger der Feuerwehren

Für die Berechnung der Ersatzansprüche nach § 21 Abs. 3 BrSchG ist diese Satzung sinngemäß anzuwenden. Dieses gilt im Übrigen für alle anderen möglichen Ersatzansprüche der Gemeinde.

§ 9 Datenverarbeitung

- (1) Die Gemeinde Langstedt ist berechtigt, zum Zwecke der Gebührenerhebung nach dieser Satzung die erforderlichen personenbezogenen Daten zu erheben, zu speichern, zu verwenden und zu verarbeiten.

- (2) Zur Ermittlung des Gebührenschuldners können die personenbezogenen Daten bei Dritten erhoben werden. Dies sind insbesondere Polizeibehörden, Ordnungsbehörden, Meldebehörden und das Kraftfahrtbundesamt.
- (3) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Landesdatenschutzgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (LDSG) sowie § 37 BrSchG.

§ 10 Haftung für Schäden

- (1) Für Personen- und Sachschäden, die bei einem Einsatz der Feuerwehr entstehen, haftet die Gemeinde Langstedt (Feuerwehr) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.
- (2) Die Gebührenschuldnerinnen und Gebührenschuldner haben die Gemeinde Langstedt (Feuerwehr) von Ersatzansprüchen Dritter wegen Einsatz bedingter Schäden frei zu stellen, sofern diese von der Feuerwehr nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden sind.

§ 11 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung in ihrer bisherigen Fassung außer Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Langstedt, den 24.07.2023

gez. Ketelsen (Gemeindesiegel)

Ralf Ketelsen
-Bürgermeister-

Gebührensatzung

der Gemeinde Wanderup über die Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrgebührensatzung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO), der §§ 1, 2, 4, u. 6 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) und des § 29 des Brandschutzgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (BrSchG) in der jeweils gültigen Fassung wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Wanderup vom 26.04.2023 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Aufgaben der Feuerwehr

- (1) Das Feuerwehrwesen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Wanderup umfasst insbesondere:
 1. die Bekämpfung von Bränden und der Schutz von Menschen und Sachen vor Brandschäden (abwehrender Brandschutz),
 2. die Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen (technische Hilfe),
 3. die Verhütung von Bränden und Brandgefahren (vorbeugender Brandschutz)
 4. die Mitwirkung im Katastrophenschutz.
- (2) Die Feuerwehr hat danach in ihrem Einsatzgebiet die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um gegenwärtige Gefahren für Leben, Gesundheit und Vermögen abzuwehren. Sie leisten auf Anforderung der Einsatzleitung gemeindeübergreifende Hilfe, soweit der abwehrende Brandschutz und die technische Hilfe in ihrem Einsatzgebiet nicht gefährdet sind sowie darüber hinaus Hilfe bei Großeinsätzen.
- (3) Die Feuerwehren wirken bei der Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung mit.

§ 2

Gebührenfreie Dienstleistungen

Der Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr ist gebührenfrei bei:

1. Bränden und Rauchwarnmeldeinsätzen (§ 29 Abs. 1 Nr. 1 BrSchG),
2. der Befreiung von Menschen aus lebensbedrohlichen Lagen (§ 29 Abs. 7 BrSchG),
3. der Hilfeleistung bei Not- und Unglücksfällen, die durch Naturereignisse verursacht werden (§ 29 Abs. 1 Nr. 2 BrSchG),
4. gemeindeübergreifender Löschhilfe bis zu einer Luftlinienentfernung von 15 km von der Grenze des Einsatzgebietes (§ 21 Abs. 3 BrSchG),
5. Brandschutztechnischen Sicherheitsmaßnahmen beim Verladen von feuergefährlichen oder explosiven Stoffen, wenn sie zum Schutz der Nachbarschaft erforderlich sind.

§ 3 Gebührenpflichtige Dienstleistungen

- (1) Soweit nicht das Brandschutzgesetz oder § 2 dieser Gebührensatzung etwas anderes bestimmen, sind die Dienstleistungen der Freiwilligen Feuerwehr gebührenpflichtig.
- (2) Gebührenpflicht besteht insbesondere in folgenden Fällen:
 - (a) Vorsätzlicher Verursachung von Gefahr und Schaden,
 - (b) Vorsätzlicher Alarmierung,
 - (c) Fahrlässiger Verursachung von Gefahr und Schaden,
 - (d) Fehlalarm einer Brandmeldeanlage,
 - (e) Bestehender Gefährdungshaftpflicht,
 - (f) Feuersicherheitswachen anlässlich von privaten Veranstaltungen, bei denen eine Feuersicherheitswache vorgeschrieben ist,
 - (g) Abpumpen des Oberflächenwassers von Grundstücken bzw. aus Gebäuden,
 - (h) Einer gegenwärtigen Gefahr, die durch den Betrieb eines Kraft-, Luft-, Schienen- oder Wasserfahrzeuges entstanden ist,
 - (i) von Aufwendungen für Sonderlöschmittel bei Bränden in Gewerbe- und Industriegebieten.

§ 4 Höhe und Bemessungsgrundlagen der Benutzungsgebühr

- (1) Die Benutzungsgebühr wird auf der Grundlage der nachstehenden Gebührentabelle nach Stundensätzen erhoben.

Der für die Berechnung des Stundensatzes erforderliche Zeitraum ergibt sich aus der Dauer der (ggf. fiktiven) Abwesenheit der Feuerwehrangehörigen (Tz. 1 der Tabelle), der Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) und des Gerätes (Tz. 3 der Tabelle) von der Feuerwache (z.B. Feuerwehrgerätehaus).

Gebührentabelle

Tz.	gebührenpflichtige Leistung	Gebühr je Stunde
-----	-----------------------------	------------------

1. Gebühr für den Einsatz von Feuerwehrangehörigen

- | | | |
|------|--------------------------------------|---------|
| 1.1. | je Person bei Einsätzen | 55,00 € |
| 1.2. | je Person bei Feuersicherheitswachen | 27,50 € |

2. Gebühr für den Einsatz von Fahrzeugen **(ohne Gebühr nach Tz. 1)**

- | | | |
|------|---|---------|
| 2.1. | Lastkraftwagen, Zugmaschinen und andere handelsübliche Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht | |
| | a) bis 5 t | 15,00 € |
| | b) bis 10 t | 20,00 € |
| | c) über 10 t | 25,00 € |

2.2. Spezial-Feuerwehrfahrzeuge der Gemeinde (einschließlich Ausrüstung)

a) Hilfslöschfahrzeug HLF 20	204,00 €
b) Tragkraftspritzenwagen TSF-W	120,00 €
c) Mannschaftstransportwagen MTW	36,00 €

- (2) Für jede angefangene Stunde wird der volle Stundensatz erhoben. Werden Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) länger als drei Stunden eingesetzt, so werden für die Zeit über drei Stunden nur 60 % der Gebühr je angefangene Stunde angesetzt.
- (3) Die Anzahl des einzusetzenden Personals sowie die Auswahl der Fahrzeuge, Geräte und Ausrüstungsgegenstände liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Einsatzleiterin oder des Einsatzleiters. Einsatzleiterin oder Einsatzleiter ist die oder der Feuerwehrangehörige, die oder der den Einsatz leitet.
- (4) Mit dem Stundensatz für Fahrzeuge (Tz. 2 der Tabelle) sind die Kosten für die Betriebsmittel abgegolten; nicht eingeschlossen sind die in § 5 dieser Satzung genannten Verbrauchsmittel.
- (5) Eine Gebühr ist auch dann zu zahlen, wenn die Feuerwehr nach ihrem Ausrücken nicht mehr tätig zu werden braucht und die Feuerwehr dieses nicht zu vertreten hat.
- (6) Die Benutzungsgebühr kann ganz oder teilweise von der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister erlassen werden, wenn
- dieses im öffentlichen Interesse angezeigt ist oder
 - die Erhebung im Einzelfall unbillig wäre.
- (7) Für eine missbräuchliche Alarmierung der Feuerwehr beträgt die Gebühr 300,00 €.
- (8) Aufwendungen für Verpflegung und Erfrischungen des Personals bei Einsätzen von über drei Stunden Dauer sind zu erstatten.
- (9) Die Benutzungsgebühr bei der Durchführung von Feuersicherheitswachen bei einer Dauer von mehr als 24 Stunden kann pauschal abgerechnet werden.

§ 5 Kostenerstattung

Die Kosten für Sonderlöschmittel, Ölbindemittel, Filter, Prüfröhrchen und sonstige Verbrauchsmittel der Feuerwehr, soweit sie nicht dem Betrieb der Fahrzeuge unmittelbar dienen, werden durch öffentlich-rechtlichen Kostenerstattungsanspruch geltend gemacht. Der Kostenerstattungsanspruch entsteht mit dem Verbrauch der in Satz 1 genannten Mittel. Zugrunde gelegt werden die jeweiligen Tagespreise.

§ 6 Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner sind:
1. Der Auftraggeber und diejenigen Personen, in deren Interessen die Leistung der Feuerwehr erbracht wird.
 2. In den Fällen des § 3 (2) Buchstabe b) und c) der Veranlasser eines missbräuchlichen Alarms; der Brandstifter oder der Täter, der die Hilfeleistung verursacht hat.
 3. Der Eigentümer oder diejenige Person, zu deren Gunsten die Leistungen der Feuerwehr erfolgen.
 4. Der Besitzer einer Sache, deren Zustand den Einsatz erforderlich gemacht hat.
 5. Der Gewerbe- bzw. Industriebetrieb bei Aufwendung für Sonderlöschmittel bei Bränden.
- (2) Bei gemeindeübergreifender Hilfe ist die anfordernde Gemeinde oder die Aufsichtsbehörde Gebührensschuldner.
- (3) Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 7 Entstehung und Fälligkeit der Gebührenschuld

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit Beginn der gebührenpflichtigen Dienstleistung durch die Feuerwehr.
- (2) Die Gebührenschuld wird zwei Wochen nach Zugang des Gebührenbescheides fällig.
- (3) Eine Vorauszahlung bis zur Höhe der voraussichtlichen Benutzungsgebühr kann gefordert werden.

§ 8 Ersatzansprüche der Gemeinde als Träger der Feuerwehren

Für die Berechnung der Ersatzansprüche nach § 21 Abs. 3 BrSchG ist diese Satzung sinngemäß anzuwenden. Dieses gilt im Übrigen für alle anderen möglichen Ersatzansprüche der Gemeinde.

§ 9 Datenverarbeitung

- (1) Die Gemeinde Wanderup ist berechtigt, zum Zwecke der Gebührenerhebung nach dieser Satzung die erforderlichen personenbezogenen Daten zu erheben, zu speichern, zu verwenden und zu verarbeiten.
- (2) Zur Ermittlung des Gebührensschuldners können die personenbezogenen Daten bei Dritten erhoben werden. Dies sind insbesondere Polizeibehörden, Ordnungsbehörden, Meldebehörden und das Kraftfahrtbundesamt.

- (3) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Landesdatenschutzgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (LDSG) sowie § 37 BrSchG.

§ 10
Haftung für Schäden

- (1) Für Personen- und Sachschäden, die bei einem Einsatz der Feuerwehr entstehen, haftet die Gemeinde Wanderup (Feuerwehr) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.
- (2) Die Gebührenschuldnerinnen und Gebührenschuldner haben die Gemeinde Wanderup (Feuerwehr) von Ersatzansprüchen Dritter wegen Einsatz bedingter Schäden frei zu stellen, sofern diese von der Feuerwehr nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden sind.

§ 11
In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung in ihrer bisherigen Fassung außer Kraft.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Wanderup, den 24.07.2023

gez. Thomsen (Gemeindesiegel)

Hans-Wilhelm Thomsen
-Bürgermeister-